

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Juli 1958

301/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend Massnahmen gegen die Korruption.

-.-.-.-

In der letzten Zeit häufen sich in alarmierender Weise die Fälle politischer Korruption. Die Bevölkerung ist darüber aufs höchste beunruhigt und fordert Sühne, Wiedergutmachung sowie Massnahmen gegen eine weitere Ausbreitung der Korruption.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten angesichts dieser Vorfälle, welche geeignet sind, das öffentliche Leben der Republik aufs schwerste zu schädigen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsordnung zu untergraben, an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

1. Ist die Bundesregierung bereit, so rasch wie möglich durch eine öffentliche Erklärung die strengste gerichtliche Verfolgung aller Korruptionsfälle zuzusichern und über die von ihr in diesem Belange ergriffenen Massnahmen und Verfügungen Auskunft zu geben?
2. Ist die Bundesregierung bereit, durch geeignete vorbeugende Massnahmen im Bereiche ihrer Zuständigkeit weitere Korruptionsfälle tunlichst unmöglich zu machen?
3. Ist die Bundesregierung bereit, im Nationalrat zu Beginn der Herbstsession 1958 Gesetzesvorlagen einzubringen, welche - falls die gegenwärtigen strafrechtlichen Bestimmungen nicht ausreichen sollten - eine strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung mit den schwersten Strafen aller derjenigen ermöglichen, die sich durch Korruption ungerechtfertigte Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit zu verschaffen wissen, sowie auch alle Helfershelfer ebenso einer gerechten Bestrafung zuzuführen?
4. Welche Massnahmen wurden getroffen, bzw. welche Massnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um eine Schadenswiedergutmachung seitens der Schuldigen in allen Fällen zu gewährleisten, in denen öffentliche Mittel oder Mittel gemeinnütziger Einrichtungen missbräuchlich entzogen oder verwendet wurden?

-.-.-.-